

Direkt aus Bern

Plexiglas, Zorn und Masken

Im Mittelpunkt der Frühjahrs-session stand die Coronadiskussion. Die Parlamentarier sind nach wie vor in Plexiglas-häuschen eingesperrt und zusätzlich mit Masken bestückt. Das ist Pflicht. Immer wieder laufen Politiker gegen Plexiglaswände und erinnern damit an Vögel, welche klare Glaswände auch nicht wahrnehmen können. So entstehen oft komische Situationen...

Meine Motion «Krankenkasse light» als eine günstige Alternative zum heutigen System, kam nicht durch. Kein Wunder: Weder Bundesräte noch Nationalräte müssen sich Sorgen machen, wie sie ihre Prämien bezahlen können. Doch bei der Bevölkerung gehören diese ständig steigenden Kosten zu den grössten Sorgen!

Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen den Befund unserer heutigen Gesellschaft. Täglich erreichen uns unzählige Briefe, E-Mails und Telefonate besorgter Bürger. Daraus geht klar hervor: Die Bevölkerung ist gegenüber den politischen Entscheiden sehr skeptisch geworden. Viele Menschen verstehen nicht, dass sie zur Arbeit in vollgefüllten, öffentlichen Verkehrsmitteln fahren müssen aber draussen, auf einer Terrasse oder in einem «Biergarten», kein Getränk und keine warme Suppe geniessen können! Das Tragen von Masken war zuerst nutzlos, dann wurde es obligatorisch. Diese «Logik» verstehen viele Menschen nicht! Auch die Kommunikation des Bundesrates und die «Task Force» stehen in massiver Kritik.

Die Freiheit des Bürgers ist durch die Coronamassnahmen stark eingeschränkt, aber die absolute Sicherheit gibt es trotzdem nicht. Der US-Staatsmann Benjamin Franklin sagte schon damals: «Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.» Die Demokratie erleidet heute einen grossen Schaden. Die finanziellen Folgen des Lockdowns sind horrend und die psychische Gesundheit der Bürger geschädigt, ebenso das Vertrauen in den Bundesrat und die gesamte Politik. Die Folgen können nur schwer oder gar nicht mehr repariert werden.

Hinweis

Während der Session in Bern berichten Luzerner Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus ihrem Ratsalltag zu einem frei gewählten Thema.



Yvette Estermann,
Nationalrätin SVP
kanton@luzernerzeitung.ch

Ein Herzensprojekt für die Psyche

Corona beutelt die psychische Gesundheit – auch im Kanton Luzern. Das Seetaler Projekt Kompass leistet Abhilfe.

Pascal Studer

Überlastete Psychiatrien, lange Wartezeiten bei Psychologinnen und mehr Anrufe bei Sorgen-telefonen: Corona nagt an der psychischen Gesundheit – auch bei der Luzerner Bevölkerung. Die hiesigen Fachpersonen müssen regelmässig Patientinnen und Patienten abweisen, die Luzerner Psychiatrie (Lups) ist stark ausgelastet.

Besonders die Situation im Lups hat in der Politik Bewegung ausgelöst. So fordern etwa die Kantonsrätinnen Pia Engler (SP, Kriens) und Claudia Huser (GLP, Luzern) in einem Postulat eine weitere Stellenaufstockung bei der Lups (siehe Kasten).

Jugendliche helfen Jugendlichen

Die Erkenntnis, dass die Pandemie zu Überforderung führt und gleichzeitig der Zugang zu professioneller Hilfe erschwert ist, kann Betroffene hart treffen. Umso wichtiger sind alternative Angebote. Eines davon gibt es im Luzerner Seetal. Dort hat vor fast zwei Jahren der Psychologe Samuel Felder das Projekt Kompass ins Leben gerufen. Die Gründung hatte ursprünglich das Ziel, wichtige Eigenschaften junger Erwachsener wie etwa die Resilienz oder Persönlichkeit zu stärken. Felder: «Wir wollen psychologisches Wissen vermitteln, das die Teilnehmenden direkt im Leben anwenden können.»

Das Konzept: Während dreier Monate treffen sich die Teilnehmenden einmal pro Woche – derzeit per Zoom. Nach einem theoretischen Teil wird die Diskussion geöffnet. Bemerkenswert dabei ist, dass sich die teilnehmenden Personen – meist sind es rund 20 Jugendliche im Alter zwischen 17 und 29 Jahren – vorher nicht gekannt haben. Doch die Berührungspunkte fallen schnell. Felder sagt: «Es ist faszinierend, wie sich innert kurzer Zeit eine fruchtbare Gesprächskultur etabliert.»

Das sei auch das Kernstück des Projekts: Es soll eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden, welche es erlaubt, offen über Gefühle zu



Psychologe Samuel Felder, der das Projekt Kompass ins Leben gerufen hat, am Hallwilersee.

Bild: Pius Amrein (Aesch, 12. März 2021)

Stellenaufstockung bei der Lups gefordert

Kantonsrat Die starke Auslastung der Luzerner Psychiatrie (Lups) ist auch in der Politik nicht unerkannt geblieben. So haben die Kantonsrätinnen Pia Engler (SP, Kriens) und Claudia Huser (GLP, Luzern) zu diesem Thema ein Postulat eingereicht. Sie fordern, die Ambulatorien der Erwachsenenpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie der Lups mit fünf weiteren Vollzeitstellen für ärztliche und nichtärztliche Therapeutinnen und Therapeuten auszustatten.

Die Pandemie habe den «seit Jahren bestehenden Miss-

stand dramatisch verstärkt», geht aus dem Postulat hervor. So würden gesamtschweizerisch seit Ausbruch der Krise sechsmal mehr schwere Depressionen diagnostiziert. Die Wartezeiten seien derart angestiegen, dass ein sofortiger Ausbau «unumgänglich» sei. Bereits im Januar hatte der Luzerner Regierungsrat eine Stellenaufstockung in Lups bewilligt.

Spitex: Psychiatrische Pflege stark unter Druck

Auch den psychiatrischen Diensten der kantonalen Spitex

setzt Corona zu. Sonja Forster, Fachbereichsleiterin Psychiatrie des Kantonalverbands Luzern, sagt: «Seit Corona haben wir deutlich mehr Klientinnen und Klienten, die sich bei uns melden.» Dabei handelt es sich nicht nur um ältere Menschen. Gerade im psychiatrischen Bereich gebe es eine grosse Altersdurchmischung. «Insbesondere bei Krankheiten wie Essstörungen, Borderlinestörung oder beginnender Schizophrenie sind vor allem Junge auf unser Angebot angewiesen», erklärt Forster.

Doch nicht nur die vermehrt auftretenden psychischen Krankheitsbilder akzentuieren das Problem. Gemäss Weltgesundheitsorganisation sind zehn Prozent der Covid-Infizierten Arbeitnehmende im Gesundheitswesen. Wegen dieser Ausfälle kommt es auch bei der Spitex rasch zu personellen Engpässen. Zudem verlassen generell auch wegen der hohen Arbeitsbelastung überdurchschnittlich viele Fachkräfte die Branche. «Die Arbeitsverdichtung spitzt sich weiter zu», sagt Forster. (stp)

sprechen. Denn es komme durchaus vor, dass über intime Dinge – wie persönliche Verluste oder Schicksalsschläge – gesprochen werde, so Felder.

Das Angebot ist kostenlos. Finanzielle Unterstützung erhält das Projekt von privaten Geldgebern sowie der Luzerner Ju-

gendstiftung. Auch von anderen Stellen hat Felder Zutun erfahren: «Als wir uns noch treffen durften, haben uns das Kloster Baldegg und die Reformierte Kirche Hochdorf schöne Seminarräume kostenlos zur Verfügung gestellt. Das haben wir unglaublich geschätzt.»

Für Felder ist es wichtig, dass das Angebot nicht als Ersatz für eine professionelle psychologische Beratung verstanden wird. «Dies können wir nicht für uns beanspruchen», betont er. Als Psychologe weiss er jedoch, dass es bereits helfen kann, über Probleme zu sprechen. Er sagt: «Die

Hälfte einer guten Therapie ist Vertrauen. Dann kann man nämlich ohne Scham aussprechen, was einen beschäftigt – und merkt, dass man mit seinen Gefühlen nicht alleine ist.»

Hinweis

www.projekt-kompass.ch

Zentrale Verwaltung wird in Frage gestellt

Vorstösse In diesem Herbst sollen die Luzerner Stimmberechtigten über das geplante zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz abstimmen können. Die Regierung plant für zirka 160 Millionen Franken ein Haus, in dem rund 1300 Mitarbeiter der Kernverwaltung arbeiten können. Mit dem Neubau sollen über 30 dezentrale Standorte in der Stadt Luzern aufgehoben werden.

Nun wird das Projekt gleich von zwei Parlamentariern in Frage gestellt: vom Eschenbacher Josef Wyss (CVP) und vom Schenkener Pius Müller (SVP). Beide haben dazu dringliche An-

fragen eingereicht, über deren Behandlung der Kantonsrat am Montag entscheiden wird.

Mehr Homeoffice wegen Corona: Platz für Gerichte?

Müller fragt sich, ob die Abstimmung von diesem Herbst sinstiert werden muss. Schliesslich würden wegen Corona immer mehr Personen zu Hause arbeiten.

Wyss schlägt in die gleiche Kerbe und stellt die Sinnhaftigkeit des Projekts zur Debatte. Der frühere Kantonsratspräsident will zudem wissen, ob es denkbar sei, die Kantonsgerichte ins zentrale Verwaltungsgebäude zu integrieren. (nus)

CVP-Politikerin sorgt sich um Kosten für Pflichtverteidiger

Recht Für die Rechtskommission des Nationalrats soll es künftig keinen Unterschied mehr geben zwischen dem Honorar eines amtlichen und dem eines selbst gewählten Verteidigers. Das würde bedeuten, dass ein vom Staat beauftragter Pflichtverteidiger gleiche Kosten verursachen würde wie ein privat engagierter Anwalt. Der tiefere Ansatz für Pflichtverteidiger wurde bis jetzt damit begründet, dass diese kein Ausfallrisiko zu tragen hätten.

Die Egolzwiler CVP-Kantonsrätin Inge Lichtsteiner ge-

langt deshalb mit einer dringlichen Anfrage an die Regierung. Sie will wissen, ob der Kanton Luzern über diesen Antrag der nationalrätlichen Rechtskommission in Kenntnis gesetzt wurde und ob sich der Kanton dazu äussern konnte.

Mehrkosten von bis zu 30 Prozent erwartet

Erfahren möchte Lichtsteiner auch, wie hoch der Anstieg der Ausgaben für amtliche Mandatäre wäre. Andere Kantone würden mit Mehrkosten von 25 bis 30 Prozent rechnen.

Die Regierung soll ferner darlegen, wie viele Pflichtverteidigungsmandate in den letzten drei Jahren vom Kanton vergeben wurden und wie hoch die Ausgaben dafür waren. Erfahren soll die Öffentlichkeit zudem, ob im Kanton Luzern ein Mangel an Pflichtverteidigern besteht und ob die Kosten aus der Pflichtverteidigung zurückbezahlt werden könnten.

Der Kantonsrat entscheidet am Montag, ob Lichtsteiners Anfrage dringlich ist. Falls ja, muss die Regierung die Fragen tags darauf beantworten. (nus)